

## **Antrag**

**der Abg. Nikolai Reith und Frank Bonath u. a. FDP/DVP**

**und**

## **Stellungnahme**

**des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft**

### **Kritische und strategische Rohstoffe: Vorkommen, Gewinnung, Bedarfe sowie politische Maßnahmen in und für Baden-Württemberg**

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,  
die Landesregierung zu ersuchen  
zu berichten,

1. welche

- (a) Reserven (d. h. erwiesene und ökonomisch abbaufähige Vorkommen),
- (b) nicht-ökonomische Ressourcen (d. h. erwiesene Vorkommen, die mit aktuellen Technologien, Preisen und Rahmenbedingungen aber nicht ökonomisch abbaufähig sind) sowie
- (c) vermutete/angenommene Ressourcen (d. h. Vorkommen, die noch nicht bestätigt sind, zu denen es aber Hypothesen [„hypothetical resources“] oder Spekulationen [„speculative resources“] gibt und zu denen sich weitere Erkundungen lohnen könnten)

von kritischen Rohstoffen („critical raw materials“) und strategischen Rohstoffen („strategic raw materials“) im Sinne der „Fünften Liste von kritischen Rohstoffen der EU 2023“ (Fifth list of critical raw materials for the EU 2023) es in Baden-Württemberg gibt;

2. welche aktiven Abbauaktivitäten es dazu in Baden-Württemberg gibt;

3. welche Importe – nach Möglichkeit bitte mit Nennung der Herkunftsländer und spezifischen Volumina – es davon nach Deutschland und (bei Vorliegen von Daten) nach Baden-Württemberg gibt, (a) von der übrigen EU aus und (b) vom Rest der Welt aus;

4. welche Bedarfe es in welchen Bereichen der Wirtschaft von Baden-Württemberg für diese Rohstoffe gibt, aktuell und (voraussichtlich) in der Zukunft (bei Nicht-Vorliegen von Informationen für Baden-Württemberg bitte Situation für Gesamtdeutschland oder gegebenenfalls der EU angeben);

Eingegangen: 31.1.2025 / Ausgegeben: 7.3.2025

*Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet  
abrufbar unter: [www.landtag-bw.de/Dokumente](http://www.landtag-bw.de/Dokumente)*

*Der Landtag druckt auf Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.*

5. inwiefern es einseitige Abhängigkeiten in Baden-Württemberg bei der Versorgung mit kritischen und strategischen Rohstoffen gibt, insbesondere auch von Ländern, mit denen mitunter schwierige (politische) Beziehungen bestehen oder die politisch instabil sind (beispielsweise China, Kongo) und welche (potenzielle) Risiken sich dadurch ergeben;
6. wie aktuell die Recycling-/Wiedergewinnungsquoten für diese Rohstoffe in der Europäischen Union sind;
7. für wie realistisch sie es hält, dass durch die Umsetzung der Ankündigung des Koalitionsvertrags der aktuellen Landesregierung in Bezug zu Recycling und Ersatz („Wir entwickeln eine Recyclingstrategie und ergreifen Maßnahmen, um den Rohstoffbedarf und die Importabhängigkeit des Landes zu senken und den Standort resilienter zu machen.“, Seite 36 des Koalitionsvertrags) der Rohstoffbedarf signifikant gedeckt werden kann;
8. welche Maßnahmen mit welchen Ergebnissen sie bisher ergriffen hat, um dieses Ziel des Koalitionsvertrags zu realisieren;
9. wie sie den aktuellen Stand der aktiven Abbauaktivitäten von kritischen und strategischen Rohstoffen (vgl. Ziffer 2) sowie der Informationen über Reserven und Ressourcen (beispielsweise Lagerstättenkarten, Forschungen dazu) in Baden-Württemberg bewertet, insbesondere ob sie eine Intensivierung bzw. Verbesserung davon für notwendig hält;
10. welche Aktivitäten sie plant oder für grundsätzlich möglich hält, um die Informationen und Erkundungen zu Vorkommen von kritischen und strategischen Rohstoffen in Baden-Württemberg zu verbessern, beispielsweise durch die Förderung von neuen Explorationen, Aktualisierung von Lagerstättenkarten, Anreizung von unternehmerischen Erkundungen, etc.;
11. welche Aktivitäten sie plant oder zumindest für grundsätzlich möglich hält, um den Abbau von kritischen und strategischen Rohstoffen in Baden-Württemberg auszuweiten, insbesondere auch durch Förderungen, Anreize, neue Ausweisungen/Genehmigungen, Reform von Genehmigungsprozessen oder auch bergbautechnische Innovationen und neuen Technologien, vergleichbar zur Lithiumgewinnung im Oberrheingraben;
12. was die Ziele, Mitglieder/Teilnehmer, bisherigen Termine, deren Inhalte, weitere geplanten Termine sowie bereits beschlossene oder zumindest vorgesehene Inhalte und Maßnahmen des Rohstoffdialogs des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus sind;
13. was der Stand der Dinge, der weitere Zeitplan, die Ziele und gegebenenfalls schon Inhalte/Ergebnisse der angekündigten „Analyse kritischer Rohstoffe für die Wirtschaft“ (Maßnahme 5.1 der Fortschreibung der Landesstrategie Ressourceneffizienz aus dem Februar 2024) ist;
14. für wie geeignet sie den Aufbau von strategischen Reserven an kritischen und strategischen Rohstoffen auf EU-, Bundes- oder Landesebene hält, um Lieferkettensicherheit zu gewährleisten und strategische Abhängigkeiten zu vermeiden, beispielsweise durch direkte Rohstoffeinlagerung durch den Staat oder gesetzliche Vorschriften an Unternehmen, eine Bevorratung vornehmen zu müssen;
15. für wie geeignet sie eine zentrale Koordinierung oder gar gemeinsamen Einkauf („Pooling“) von kritischen und strategischen Rohstoffen hält, um Skaleneffekte zu erzielen, Marktmacht zu erreichen, Abhängigkeiten und politisches Ausspielen zu vermeiden.

31.1.2025

Reith, Bonath, Scheerer, Dr. Schweickert, Brauer, Haag,  
Haußmann, Hoher, Dr. Jung, Karrais FDP/DVP

### Begründung

Die Europäische Union hat in der Fünften Liste von kritischen Rohstoffen der EU 2023 folgende Rohstoffe bzw. Rohstoffgruppen als kritisch und/oder strategisch erklärt: Aluminium/Bauxit/Aluminiumoxid, Antimon, Arsen, Baryt, Beryllium, Bismut, Bor, Feldspat, Flussspat, Gallium, Germanium, Grafit, Hafnium, Helium, Kobalt, Kokskohle, Kupfer, Leichte Seltene Erden, Lithium, Magnesium, Mangan, Nickel, Niob, Phosphor, Phosphorit, Platingruppenmetalle, Scandium, Schwere Seltene Erden, Siliciummetall, Strontium, Tantal, Titanmetall, Vanadium, Wolfram. Parallel dazu hat sie verschiedene politische Maßnahmen angestoßen, zuletzt das Europäische Gesetz zu kritischen Rohstoffen (Critical Raw Materials Act).

Vor diesem Hintergrund erkundigen sich die Antragssteller dazu zur Lage in Baden-Württemberg und inwiefern die Landesregierung hier politische Maßnahmen eingeleitet hat.

### Stellungnahme

Mit Schreiben vom 26. Februar 2025 Nr. UM2-0141.5-59/4/3 nimmt das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft im Einvernehmen mit dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus und dem Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,  
die Landesregierung zu ersuchen  
zu berichten,*

#### *1. welche*

- (a) Reserven (d. h. erwiesene und ökonomisch abbaufähige Vorkommen),*
- (b) nicht-ökonomische Ressourcen (d. h. erwiesene Vorkommen, die mit aktuellen Technologien, Preisen und Rahmenbedingungen aber nicht ökonomisch abbaufähig sind) sowie*
- (c) vermutete/angenommene Ressourcen (d. h. Vorkommen, die noch nicht bestätigt sind, zu denen es aber Hypothesen [„hypothetical resources“] oder Spekulationen [„speculative resources“] gibt und zu denen sich weitere Erkundungen lohnen könnten)*

*von kritischen Rohstoffen („critical raw materials“) und strategischen Rohstoffen („strategic raw materials“) im Sinne der „Fünften Liste von kritischen Rohstoffen der EU 2023“ (Fifth list of critical raw materials for the EU 2023) es in Baden-Württemberg gibt;*

Für Baden-Württemberg sind nach derzeitigem Kenntnisstand hauptsächlich im Bereich des Schwarzwalds relevante Vorkommen verschiedener als strategisch und kritisch eingestufte Rohstoffe entweder als Ganglagerstätten im Grundgebirge oder in den Abraumhalden des historischen Bergbaus (remining-Projekte) möglich.

Das Potenzial der Ganglagerstätten im Schwarzwald kann aktuell nicht ohne weiteres spezifiziert werden. In den letzten Jahrzehnten lagen die Schwerpunkte des Landesamts für Geologie, Rohstoffe und Bergbau (LGRB) (wie auch der meisten anderen Staatlichen Geologischen Dienste der Länder) in der Beratung der Träger der Regionalplanung hinsichtlich der Rohstoffsicherung und somit der konzentrierten Befassung mit oberflächennahen mineralischen Rohstoffen (im Wesentlichen Steine und Erden).

In Baden-Württemberg sind lithiumhaltige geothermale Tiefenwässer im Oberrheingraben bekannt. In den letzten Jahrzehnten wurden bei der Exploration auf Erdöl und Tiefengeothermie im Oberrheingraben lokal erhöhte als auch unauffällige Lithiumgehalte beobachtet. Die Lithiumgehalte von Sole aus Tiefengeothermie- und Erdölbohrungen im Oberrheingraben zeigen eine räumliche Variation von ca. 4,5 mg/L in Riehen (Schweiz), 199 mg/L in Soultz-sous-Forêts (Frankreich) bis 270 mg/L in Bruchsal (Deutschland), wobei an einzelnen Bohrungen teilweise deutliche Schwankungen der Lithiumgehalte auftreten.

Die Untersuchungen im Oberrheingraben sind noch in einem frühen Stadium. Ob zukünftig eine wirtschaftliche Nutzung der Lithiumvorkommen möglich sein wird, ist von verschiedenen Faktoren abhängig, wie z. B. der Größe und der thermisch-hydraulischen Langzeitentwicklung des Reservoirs, der Art (Effizienz und Volumenumsatz) und den Kosten des Extraktionsverfahrens oder der Preisentwicklungen von Lithium.

## *2. welche aktiven Abbauaktivitäten es dazu in Baden-Württemberg gibt;*

Aktive Abbauaktivitäten für kritische Rohstoffe gibt es in Baden-Württemberg aktuell in der Grube Clara (Schwerspat und Flussspat).

Die Grube Clara im Rankachtal in Oberwolfach fördert seit mehr als 125 Jahren kontinuierlich Schwerspat- und seit über 45 Jahren Flussspaterz. Die Verarbeitung zu verkaufsfähigen Produkten erfolgt in der Aufbereitung in Wolfach. In der seit dem Mittelalter bekannten Gangerzlagstätte werden jährlich 100 000 bis 130 000 Tonnen Roherz gewonnen.

Ein weiteres Projekt, die Wiedereröffnung der 1996 geschlossenen Grube Käfersteige im Würmtal, befindet sich im Genehmigungsverfahren für die Gewinnung von Flussspaterz. Es ist, nach Angaben des Vorhabenträgers, ein Mineralgang in einer Tiefe von mindestens 500 m und über eine Längserstreckung von 1 200 m als bauwürdig unter Tage nachgewiesen – bei einer Mächtigkeit von bis zu 30 m.

In Baden-Württemberg gibt es aktuell keine Abbauaktivitäten von Lithium. Das LGRB führt derzeit 22 gewerbliche Bergbauberechtigungen zur Aufsuchung und Gewinnung von Erdwärme in Baden-Württemberg. Bei 17 Verfahren umfasst die Bergbauberechtigung neben der Aufsuchung und Gewinnung von Erdwärme/Sole auch die Aufsuchung von Lithium. Die Bergbauberechtigung (Erlaubnis), die den Unternehmen jeweils verliehen wurde, ermöglicht zunächst exklusiv die Aufsuchung im zugeteilten Feld.

Verfahren zur Extraktion von Lithium aus dem Thermalwasser befinden sich in der Versuchs- bzw. Entwicklungsphase. Derzeit gibt es am Oberrhein zwei Vorhabenträger (Vulcan Energie Ressourcen GmbH in Karlsruhe und EnBW AG in Bruchsal), die auf Lithium-Gewinnung aus Thermalwässern abzielen. Die übrigen Vorhabenträger haben sich die Rechte an dem im Thermalwasser gelösten Lithium vorsorglich gesichert; konkrete Extraktionsvorhaben sind nicht geplant.

## *3. welche Importe – nach Möglichkeit bitte mit Nennung der Herkunftsländer und spezifischen Volumina – es davon nach Deutschland und (bei Vorliegen von Daten) nach Baden-Württemberg gibt, (a) von der übrigen EU aus und (b) vom Rest der Welt aus;*

Deutschland verfügt lediglich über nennenswerte eigene Abbaumengen für die kritischen bzw. strategischen Industriemineralien Flussspat, Feldspat, Graphit sowie grobkörnigen Quarz bzw. Quarzkies. Letztere sind mögliche Vorprodukte für die Herstellung von Silizium. Hinsichtlich der anderen strategischen und kritischen Rohstoffe ist Deutschland aktuell nahezu gänzlich von Importen abhängig.

Der Bericht „Deutschland Rohstoffsituation 2023“ der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe bietet in seinem Anhang detaillierte Übersichten zu den Ein- und Ausfuhrmengen (in Tonnen) sowie den wichtigsten Liefer- und Empfängerländern (vgl. ab Seite 121 – [https://www.bgr.bund.de/DE/Themen/Min\\_rohstoffe/Downloads/rohsit-2023.pdf;jsessionid=528F971A2B74DEE32A1AE1F077E4151E.internet011?\\_\\_blob=publicationFile&v=8](https://www.bgr.bund.de/DE/Themen/Min_rohstoffe/Downloads/rohsit-2023.pdf;jsessionid=528F971A2B74DEE32A1AE1F077E4151E.internet011?__blob=publicationFile&v=8)).

Die Bestimmung des Lieferlandes basiert auf Handelsdaten, daher kann oftmals nicht unterschieden werden, ob gewisse Rohstoffe nicht originär doch aus einem Drittland außerhalb der EU stammen und der EU-Mitgliedstaat lediglich als Durchgangsland dient.

*4. welche Bedarfe es in welchen Bereichen der Wirtschaft von Baden-Württemberg für diese Rohstoffe gibt, aktuell und (voraussichtlich) in der Zukunft (bei Nicht-Vorliegen von Informationen für Baden-Württemberg bitte Situation für Gesamtdeutschland oder gegebenenfalls der EU angeben);*

Einen Bedarf an kritischen Rohstoffen gibt es in der gesamten Industrie in Baden-Württemberg mit zunehmender Bedeutung etwa in den Bereichen erneuerbare Energien, Elektromobilität bzw. der Automobilwirtschaft im Allgemeinen, der Luft- und Raumfahrt sowie bei den jeweils vorgelagerten Zulieferunternehmen. Eine Übersicht über die Mengenbedarfe in den verschiedenen Bereichen der Wirtschaft von Baden-Württemberg für strategische und kritische Rohstoffe ist nicht bekannt. Eine Studie des THINKTANK Industrielle Ressourcenstrategien setzt hier an und ermittelt den Bedarf der Industrie in Baden-Württemberg an kritischen Rohstoffen. Es ist vorgesehen, die Erkenntnisse im Laufe des Jahres 2025 mit Hilfe einer Datenplattform zu bündeln und anschaulich darzustellen.

Der Landesregierung sind unterschiedliche Prognosen zu dem Bedarf an kritischen Rohstoffen für den Standort Deutschland und Europa bekannt. An den Ergebnissen lässt sich ablesen, dass die Nachfrage an kritischen mineralischen Rohstoffen grundsätzlich zunehmen wird. Unter anderem stellen die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und die Internationale Energiebehörde (IEA) Zahlen für den globalen Bedarf an kritischen und strategischen Rohstoffen vor, wonach sich der Bedarf weiter erhöht.

*5. inwiefern es einseitige Abhängigkeiten in Baden-Württemberg bei der Versorgung mit kritischen und strategischen Rohstoffen gibt, insbesondere auch von Ländern, mit denen mitunter schwierige (politische) Beziehungen bestehen oder die politisch instabil sind (beispielsweise China, Kongo) und welche (potenzielle) Risiken sich dadurch ergeben;*

Deutschland und Baden-Württemberg sind mit Blick auf den Handel mit allen kritischen und strategischen Rohstoffen in erster Linie Netto-Importeure. Seit 1994 ist die inländische Gewinnung von Rohstoffen zurückgegangen, bei Metallerzen und -konzentraten (Primärrohstoffe) ist Deutschland mittlerweile zu nahezu 100 Prozent von Importen und damit international agierenden Handelspartnern abhängig. Stätten für den Abbau und die Weiterverarbeitung von kritischen Rohstoffen liegen in den meisten Fällen außerhalb Europas. Die Volksrepublik China entwickelte sich in den vergangenen Dekaden zu einem der zentralen Akteure. So stammen beispielsweise 90 Prozent des für Batterien benötigten Graphits aus China. Insgesamt liegt bei Seltenen Erden, die in besonderem Maße für die Energiewende, Elektromobilität und Digitalisierung erforderlich sind, eine kritische Abhängigkeit von China vor.

Abbau und Weiterverarbeitung in Mitgliedstaaten der EU, Recycling und Rohstoffpartnerschaften sollen dabei helfen, Abhängigkeiten zu reduzieren und damit die Rohstoffsicherheit für Unternehmen zu erhöhen. Rohstoffpartnerschaften werden auf der Ebene der Bundesregierung und in zunehmendem Maße auf Ebene der EU gestaltet, um die Lieferketten diverser hinsichtlich der Herkunftsländer von Rohstoffen und damit sicherer zu machen. Erklärtes Ziel der Rohstoffpolitik auf EU- und Bundesebene ist es, die Abhängigkeit von einzelnen Ländern zu re-

duzieren. Die „Europäische Verordnung zu kritischen Rohstoffen“ (Critical Raw Materials Act) stipuliert vor diesem Hintergrund das Ziel, dass maximal 65 Prozent des jährlichen Verbrauchs der Union an jedem strategischen Rohstoff in jeder relevanten Verarbeitungsstufe aus einem einzigen Drittland stammen dürfen.

6. wie aktuell die Recycling-/Wiedergewinnungsquoten für diese Rohstoffe in der Europäischen Union sind;

Die Landesregierung ist bei den europaweit geltenden Kennzahlen auf externe Quellen angewiesen, da sie europaweite Werte nicht selbst erhebt. Wesentliche Datenquelle ist die Europäische Union selbst. Diese – und auch Dritte – stellen nach Kenntnis der Landesregierung die Recycling-/Wiedergewinnungsquoten aller gefragten Rohstoffe nicht zur Verfügung. Daher ist auf andere Indikatoren auszuweichen, auch wenn diese nur indirekte Aussagekraft haben. Ein verfügbarer und relevanter indirekter Indikator ist der Beitrag der recycelten Materialien zur Rohstoffnachfrage/Recycling-Rate am Ende des Lebenszyklus (EOL-RIR). Der Indikator zeigt für einen jeweiligen Rohstoff an, wieviel seines in der Produktion eingesetzten Materials aus recyceltem Altschrott, d. h. Schrott aus Altmaterial, besteht. Der „End-of-Life Recycling Input Rate“ (EOL-RIR) Indikator berücksichtigt keinerlei Schrott, der im Fertigungsprozess entsteht („neuer Schrott“). Soweit die Daten von der Europäischen Union zu diesem Indikator zur Verfügung gestellt werden, sind sie hier insgesamt dargelegt.

Jahr	2013	2016	2019	2022
	in %	in %	in %	in %
<b>Aggregate – Schotter, andere Sande (nicht Quarz), Kieselsteine, Kies, Bitumenzusätze</b>	:	8	8	9
<b>Aluminium</b>	35	12,4	12,3	32
<b>Beryllium</b>	19	0	0	0
<b>Bismut</b>	:	1	0	0
<b>Cobalt</b>	16	0	22,1	22
<b>Kupfer</b>	20	55	16,9	55
<b>Dysprosium</b>	0	0	0	0
<b>Gallium</b>	0	0	0	0
<b>Germanium</b>	0	1,7	1,7	2
<b>Gips</b>	1	1,1	1,1	1
<b>Indium</b>	0	0,1	0,1	1
<b>Eisen</b>	22	24	31,5	31
<b>Blei</b>	:	75	75	83
<b>Kalkstein</b>	0	58	19	1
<b>Lithium</b>	0	0	0,1	0
<b>Magnesium</b>	14	9,5	13,4	13
<b>Molybdän</b>	17	30	30	30
<b>Natürliches Gummi</b>	0	0,9	1	5
<b>Neodym</b>	0	1,3	1,3	1
<b>Nickel</b>	32	33,9	17	16
<b>Palladium</b>	35	9,7	27,8	10
<b>Platin</b>	35	11,5	25,3	11
<b>Praseodym</b>	0	10	10	10
<b>Sapelli Holz</b>	:	15	0	7
<b>Tantal</b>	4	1	5	13
<b>Tellur</b>	0	1	1	1
<b>Titan</b>	6	19,1	19,1	1
<b>Vanadium</b>	0	44	1,7	1
<b>Yttrium</b>	0	31,4	31,4	31
<b>Zink</b>	8	30,8	31	34

Quelle: [https://doi.org/10.2908/CEI\\_SRM010](https://doi.org/10.2908/CEI_SRM010), letzter Abruf 10. Februar 2025, 15:42 Uhr.

Ein weiterer relevanter Indikator ist die Selbstversorgungsquote. Diese wird für Teile der gefragten Rohstoffe ausgewiesen. Der Indikator Selbstversorgung zeigt an, inwieweit die EU bei spezifischen Rohstoffen vom Rest der Welt unabhängig ist. Der Indikator wurde auf der Grundlage der tatsächlichen jährlichen Mengendaten für die inländische Produktion, Exporte und Importe berechnet. Ausweislich der Datenquellen der Europäischen Union entwickelten sich die Selbstversorgungsquoten aller dort erhobenen Rohstoffe wie folgt (eine Untergliederung in Recycling und Neugewinnungsanteile findet dabei nicht statt):

Jahr	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2022
	in %								
Aluminium	16,8	14	13,8	12,7	11,8	13,5	12,8	9,8	11
Borat/Bor	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Cobalt	4	11,5	19,2	13,7	15,6	15,3	6,8	2,6	19
Kupfer	57,4	57,3	58,4	55,6	57,5	62,1	60,7	62,3	52
Dysprosium	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Europium	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Fluorspat	23	28,2	31,3	37,4	43,7	29,7	33,6	29	40
Gallium	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Germanium	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Indium	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Eisen	25,5	28,3	30,3	29,6	25,7	28	28,2	30,2	23
Kalkstein	89,9	92,1	93,6	92,6	93,9	93,7	93,7	94,3	100
Lithium	16,1	11,2	13,3	9,1	9,7	14,1	19,6	30,1	19
Magnesium	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Molybdän	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Naturgraphit	0,9	0,5	0,7	0,8	1,3	0,9	0,7	0,3	1
Neodym	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Phosphor	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Platin	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Silizium	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Tantal	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Vanadium	:	:	:	:	:	:	:	:	100
Yttrium	0	0	0	0	0	0	0	0	0

Quelle: [https://doi.org/10.2908/CEI\\_GSR020](https://doi.org/10.2908/CEI_GSR020), letzter Abruf: 10. Februar 2025, 13:31 Uhr

7. für wie realistisch sie es hält, dass durch die Umsetzung der Ankündigung des Koalitionsvertrags der aktuellen Landesregierung in Bezug zu Recycling und Ersatz („Wir entwickeln eine Recyclingstrategie und ergreifen Maßnahmen, um den Rohstoffbedarf und die Importabhängigkeit des Landes zu senken und den Standort resilienter zu machen.“, Seite 36 des Koalitionsvertrags) der Rohstoffbedarf signifikant gedeckt werden kann;

8. welche Maßnahmen mit welchen Ergebnissen sie bisher ergriffen hat, um dieses Ziel des Koalitionsvertrags zu realisieren;

Die Fragen 7 und 8 werden aufgrund ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die Landesregierung verfolgt das Ziel, durch strategische Ansätze und konkrete Maßnahmen den Rohstoffbedarf und die Importabhängigkeit des Landes perspektivisch zu senken und damit die Resilienz des Standorts zu verbessern. Die Sicherung der heimischen Rohstoffversorgung ist daher zentrales Handlungsfeld in der Innovationsstrategie des Landes und der dort verankerten Maßnahmen. Baden-Württemberg leistet so auch einen Beitrag zur Resilienz des europäischen Binnenmarktes, von der das Land zugleich selbst profitiert. Recycling, beispielsweise durch sogenanntes Urban-mining, und andere Maßnahmen können signifikante Beiträge leisten.

Recycling ist ein zentrales Element der Landesstrategie Ressourceneffizienz. Die Themen Ressourcen und Rohstoffe haben in den vergangenen Jahren enorm an Bedeutung gewonnen. Auch der politische Rahmen rund um das Thema Ressourceneffizienz hat sich aufgrund aktueller Krisen und Herausforderungen deutlich weiterentwickelt. Daher hat der Ministerrat am 27. Februar 2024 die Fortschreibung der bisherigen, aus dem Jahr 2016 stammenden, Landesstrategie Ressourceneffizienz beschlossen. Diese berücksichtigt die aktuellen Entwicklungen und sieht Maßnahmen vor, mit denen die Landesregierung die Ressourceneffizienz weiter steigern will. Eines der Hauptziele der Landesstrategie Ressourceneffizienz ist die Unterstützung der sicheren Versorgung der Wirtschaft mit den benötigten Ressourcen durch eine effizientere und nachhaltigere Gewinnung von Primärrohstoffen, die Stärkung der Kreislaufwirtschaft und die Erhöhung des Anteils an Sekundärrohstoffen unter Berücksichtigung der Lieferketten.

Bei der Fortschreibung der Landesstrategie wurden sechs prioritäre Handlungsfelder identifiziert und insgesamt 42 Maßnahmen abgeleitet:

1. Innovative Ansätze, Strategien und Forschung
2. Material- und Energieeffizienz in Unternehmen
3. Zirkuläres Wirtschaften
4. Transparenz
5. Nachhaltige Rohstoffgewinnung und sichere Rohstoffgewinnung der Wirtschaft
6. Ressourceneffizienz in der Baubranche

Die Maßnahmen reichen von anwendungsorientierten Forschungsvorhaben, über Information und Unterstützung von Unternehmen bis hin zu ordnungsrechtlichen Maßnahmen im Bereich der Abfallverbringung.

Beispiele für konkrete Maßnahmen sind:

- die Unterstützung des THINKTANK Industrielle Ressourcenstrategien, bei dem das Land und die Industrie mit Unterstützung der Wissenschaft zentrale Fragen gemeinsam bearbeiten;
- der jährliche Ressourceneffizienz- und Kreislaufwirtschaftskongress BW, der sich mit über 1 000 Teilnehmenden als Leitmesse im deutschsprachigen Raum etabliert hat;
- anwendungsnahe Forschungsmaßnahmen, wie etwa zur industriellen Demontage von Batteriemodulen und E-Motoren (DeMoBat);
- die Erarbeitung und Umsetzung der Landesstrategie Nachhaltige Bioökonomie für Baden-Württemberg, die das Ziel verfolgt, mit innovativen biologischen Konzepten erneuerbare und/oder recycelfähige Rohstoffquellen für die Wirtschaft zu erschließen, beispielsweise durch Projekte, bei denen in Kläranlagen aus dem Abwasser Phosphor und Stickstoff zurückgewonnen werden können.

Im Zusammenhang mit dem kritischen Rohstoff Phosphor arbeitet die Landesregierung im Übrigen seit mehr als 15 Jahren intensiv an der Unterstützung von Forschungs- und Entwicklungsprojekten für das Phosphorrecycling bei Klärschlämmen sowie am Aufbau einer Infrastruktur für das Phosphorrecycling in Baden-Württemberg. Mit den aktuell verfügbaren technischen Verfahren könnten aus dem im Land erzeugten Klärschlämmen jährlich etwa 5 500 Tonnen an Phosphor zurückgewonnen werden, was ungefähr der Hälfte des Phosphorbedarfes in der heimischen Landwirtschaft entspricht. Dieses Potenzial an Recycling-Phosphor soll in den nächsten Jahren Zug um Zug gehoben werden. Mit dem im Rahmen der EFRE-Förderrichtlinie 2014 bis 2020 sowie zusätzlichen Landesmitteln geförderten großtechnischen Phosphor-Rückgewinnungsanlagen in Göppingen, Mannheim und Breisach-Grezhausen wurden erste wichtige Bausteine für die erforderliche Infrastruktur zur Phosphor-Rückgewinnung im Land umgesetzt. Weitere Anlagen sind erforderlich, um die nach der Klärschlammverordnung des Bundes ab 2029 geltende Verpflichtung zur Phosphorrückgewinnung aus Klärschlämmen umzusetzen.

Ein wichtiger Baustein zur Reduzierung des Rohstoffbedarfs ist zudem der Leichtbau. Durch den gezielten Einsatz leichterer und recyclingfähiger Materialien sowie innovativer Bauweisen können Material- und Energieeffizienz erheblich verbessert werden. Die Landesregierung hat daher Ende 2023 einen Dienstleistungsauftrag zur Einrichtung einer „Geschäftsstelle Leichtbau für Baden-Württemberg“ vergeben, die als zentrale Anlaufstelle für Unternehmen und Forschungseinrichtungen fungiert. Sie unterstützt den Wissenstransfer und die Vernetzung relevanter Akteure, um ressourcenschonende Leichtbau-Technologien weiter voranzubringen.

*9. wie sie den aktuellen Stand der aktiven Abbauaktivitäten von kritischen und strategischen Rohstoffen (vgl. Ziffer 2) sowie der Informationen über Reserven und Ressourcen (beispielsweise Lagerstättenkarten, Forschungen dazu) in Baden-Württemberg bewertet, insbesondere ob sie eine Intensivierung bzw. Verbesserung davon für notwendig hält;*

Aktuell werden kritische Rohstoffe nur in der Grube Clara (Flussspat und Schwerpat) abgebaut. Die Landesregierung bewertet es daher als sehr positiv, dass auch die Grube Käfersteige (im wesentlichen Flussspat) wieder erschlossen werden soll (vgl. Frage 2). Die Grube Clara und die Grube Käfersteige zählen zu den größten Flussspatvorkommen Europas.

*10. welche Aktivitäten sie plant oder für grundsätzlich möglich hält, um die Informationen und Erkundungen zu Vorkommen von kritischen und strategischen Rohstoffen in Baden-Württemberg zu verbessern, beispielsweise durch die Förderung von neuen Explorationen, Aktualisierung von Lagerstättenkarten, Anreizung von unternehmerischen Erkundungen, etc.;*

Das LGRB erstellt die Karte der mineralischen Rohstoffe im Maßstab 1:50.000 (KMR 50), in der Rohstoffvorkommen ausgewiesen sind. Die Daten des Geologischen Dienstes haben dabei in der Regel nicht den Detaillierungsgrad einer Lagerstättenkarte. Die KMR 50 wird laufend fortgeschrieben. Sie enthält oberflächennahe Rohstoffvorkommen sowie alle Abbaustätten im Land. Vorkommen oder Lagerstätten kritischer und strategischer (und in der Regel tiefliegender) Rohstoffe sind dort nicht explizit ausgewiesen. Zu ehemaligen Abbauprojekten liegen jedoch archivierte Unterlagen vor. Diese können auf Nachfrage von Projektierern individuell zur Verfügung gestellt werden.

*11. welche Aktivitäten sie plant oder zumindest für grundsätzlich möglich hält, um den Abbau von kritischen und strategischen Rohstoffen in Baden-Württemberg auszuweiten, insbesondere auch durch Förderungen, Anreize, neue Ausweisungen/Genehmigungen, Reform von Genehmigungsprozessen oder auch bergbautechnische Innovationen und neuen Technologien, vergleichbar zur Lithiumgewinnung im Oberrheingraben;*

Die Gewinnung des weitaus überwiegenden Teils der kritischen und strategischen Rohstoffe unterliegt dem Bundesberggesetz. Dort sind die Genehmigungsprozesse bundeseinheitlich geregelt. Die Zuständigkeit für die Durchführung der einschlägigen Genehmigungsverfahren nach dem Bundesberggesetz liegt landesweit beim LGRB. Eine eigene Ermächtigung für das Land, das Bundesberggesetz zu reformieren, besteht nicht.

Der 2024 in Kraft getretene Critical Raw Materials Act (CRMA) sieht vor, dass die Mitgliedstaaten erstmals bis Mai 2025 nationale Explorationsprogramme entwickeln, die Maßnahmen zur Verbesserung der verfügbaren Informationen über das Vorkommen kritischer Rohstoffe umfassen. Die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) ist mit der Umsetzung für Deutschland beauftragt und wird die Staatlichen Geologischen Dienste der Bundesländer einbinden.

Ein Beispiel für Investitionen in Projekte, die zur Sicherung der Versorgung mit kritischen Rohstoffen dienen, ist die Transferfabrik für das Recycling von Seltenen Erden aus Magneten. Sie erhielt im Rahmen des Landeswettbewerbs „RegionWIN 2030 – Regionale Wettbewerbsfähigkeit durch Innovation und Nachhaltigkeit“ einen Zuschuss, der sich aus Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) sowie ergänzenden Landesmitteln zusammensetzt. Das Pforzheimer Technologie-Start-up HyProMag verantwortet mit der Transferfabrik ein Teilprojekt des geförderten „Innovationszentrums Wissenschaft & Wirtschaft Nordschwarzwald“ (IZWW). Ziel des Unternehmens HyProMag ist eine anfängliche Produktionskapazität von mindestens 100 Jahrestonnen des Magnetwerkstoffes Neodym-Eisen-Bor (NdFeB). Dieser Werkstoff ist insbesondere im Bereich Automotive nachgefragt.

Zudem sieht das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus in den Jahren 2025 bis 2027 weitere Investitionen aus dem EFRE in wirtschaftsnahe Forschungseinrichtungen vor. Mit diesen sollen kritische und neu entstehende strategische Technologien und ihre jeweiligen Wertschöpfungsketten in einschlägigen Branchen im Sinne der Verordnung (EU) 2024/795 zur Einrichtung der Plattform „Strategische Technologien für Europa“ (STEP) unterstützt werden. Grundsätzlich möglich ist in diesem Rahmen auch die Förderung von Projekten aus dem Bereich der Verordnung für kritische Rohstoffe (Critical Raw Materials Act – CRMA) der EU.

Spezifische Förderprogramme für bergbautechnische Innovationen oder zur Entwicklung neuer Technologien im Bergbau bestehen nicht. Invest BW als das zentrale Innovationsförderprogramm des Landes ist grundsätzlich branchen- und technologieoffen ausgestaltet, sodass theoretisch auch Projekte im Bereich der Rohstoffgewinnung und -aufbereitung förderfähig sind.

Die Landesregierung setzt sich grundsätzlich für einen flächeneffizienten, natur- und umweltverträglichen Rohstoffabbau ein. Entsprechend sollen die Primär- und Sekundärrohstoffe im Land möglichst dezentral und regional gewonnen sowie möglichst ortsnahe weiterverarbeitet und genutzt werden. Der neue Landesentwicklungsplan wird sich damit beschäftigen, ob Vorkommen von seltenen oder besonders wertvollen, sich absehbar verknappenden mineralischen Rohstoffen auch bedarfsunabhängig durch die Regionalplanung gesichert werden können.

*12. was die Ziele, Mitglieder/Teilnehmer, bisherigen Termine, deren Inhalte, weitere geplanten Termine sowie bereits beschlossene oder zumindest vorgesehene Inhalte und Maßnahmen des Rohstoffdialogs des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus sind;*

Ziel des Formats „Rohstoffdialog Baden-Württemberg“ sind der Austausch über aktuelle Fragestellungen, Information und Vernetzung, die dem Themenfeld Ressourcensicherung in Baden-Württemberg zuzuordnen sind. Neben dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus ist auf Ressortebene das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft sowie das nachgeordnete LGRB vertreten. Von Seiten der Wirtschaft sind die großen Verbände wie der Industrieverband Steine und Erden (ISTE), der Verband der Chemischen Industrie (VCI), der Verband der Maschinen- und Anlagenbauer (VDMA) und Unternehmer Baden-Württemberg (UBW) vertreten. Darüber hinaus sind Firmen, die im Abbau, der Weiterverarbeitung, dem Recycling und Handel von Rohstoffen tätig sind sowie die Industrie- und Handelskammer (IHK) und die Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) vertreten. Auf Seiten der Wissenschaft sind das Karlsruher Institut für Technologie (KIT) sowie das Fraunhofer Institut für System- und Innovationsforschung beteiligt. Aus dem Finanzsektor war ein Vertreter der KfW-IPEX Bank und ein Vertreter der Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) vor Ort. Vertreter der Deutschen Rohstoffagentur (DERA) werden ebenfalls stets zu den Veranstaltungen des Rohstoffdialogs eingeladen. Bei der Auftaktveranstaltung im Februar 2024 unter Leitung von Frau Ministerin Dr. Hoffmeister-Kraut MdL hatten die Teilnehmenden die Gelegenheit, aktuelle Herausforderungen aber auch Chancen zu benennen. Finanzierungs- und Genehmigungsfragen, die ambitionierten Vorgaben der EU im Rahmen der Verordnung für kritische Rohstoffe

(CRMA) und öffentliche Akzeptanz wurden hierbei von Unternehmen, Kammern und Verbänden als größte Herausforderungen benannt. Im September 2024 richtete das Ministerium daraufhin ein Fachgespräch mit rund zwanzig Teilnehmenden zum Thema „Finanzierung von Rohstoffprojekten“.

In dieser Runde wurde von Teilnehmenden die Einrichtung einer Match-Making-Plattform für Anbieter und Abnehmer von kritischen Rohstoffen angeregt. Der THINKTANK Industrielle Ressourcenstrategien möchte in Zusammenarbeit mit UBW im Juni 2025 Unternehmen zu einer Veranstaltung einladen, die sich spezifisch mit dem Thema Match-Making und Rohstoffsicherheit befasst.

Darüber hinaus nimmt das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus gemeinsam mit dem Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft an den Bund-Länder-Gesprächen zur Umsetzung der EU-Verordnung für kritische Rohstoffe unter Leitung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz teil.

*13. was der Stand der Dinge, der weitere Zeitplan, die Ziele und ggf. schon Inhalte/Ergebnisse der angekündigten „Analyse kritischer Rohstoffe für die Wirtschaft“ (Maßnahme 5.1 der Fortschreibung der Landesstrategie Ressourceneffizienz aus dem Februar 2024) ist;*

Die Analyse im Rahmen des THINKTANK Industrielle Ressourcenstrategien ist weitgehend abgeschlossen. Ihr Ziel ist es, die Abhängigkeit von kritischen Rohstoffen für die Wirtschaft des Landes Baden-Württemberg besser zu erkennen sowie mögliche Abhilfemaßnahmen aufzuzeigen. Folgende Ergebnisse liegen bislang vor:

*1) Report/Forschungsbericht „Resiliente Rohstoffversorgung Deutschlands – Bergbaupotenziale in ausgewählten Ländern Afrikas und die Rolle Chinas“*

Zusammenfassung:

Afrika ist ein rohstoffreicher Kontinent mit etwa 30 Prozent der globalen mineralischen Reserven. Im Jahr 2018 stammten rund 80 Prozent der globalen Platinproduktion, 50 Prozent der globalen Manganproduktion und 66 Prozent der globalen Kobaltproduktion aus Afrika. Zahlreiche andere Metalle werden auf dem afrikanischen Kontinent gewonnen. Direkte Investitionen in Bergbauprojekte in Afrika, wie sie beispielsweise chinesische Unternehmen durchführen, sind von deutscher Seite aus kaum vorhanden. Einige große Unternehmen sichern sich durch direkten Einkauf beim Rohstoffproduzenten ihren Bedarf am Anfang der Wertschöpfungskette. Dies bietet den Unternehmen gleichzeitig die Möglichkeit, Umwelt- und Sozialstandards bei der Rohstoffgewinnung zu überwachen und die nötige Transparenz in der Lieferkette sicherzustellen. Dieser Ansatz kann aber nicht auf deutsche KMUs übertragen werden, die Lieferketten über andere Strategien sichern müssen.

Neben der primären Rohstoffgewinnung bieten afrikanische Länder auch die Möglichkeit, hochwertige Recyclingrouten für kritische und strategische Rohstoffe aufzubauen. So liegen in afrikanischen Ländern große Mengen an Elektronik-Abfällen bzw. Schrotten vor.

Quelle: <https://www.thinktank-irs.de/> und <https://publikationen.bibliothek.kit.edu/1000168179>

2) *Report/Forschungsbericht „Rohstoffe für Deutschland und Auswirkungen des Russland-Ukraine-Konflikts“*

Zusammenfassung:

Russland ist eines der rohstoffreichsten Länder der Welt mit langjährigen wirtschaftlichen Beziehungen zu Deutschland und war ein wichtiger Exporteur von Rohstoffen in die EU und nach Deutschland. Auch die Ukraine war ein wichtiger Exporteur von Rohstoffen und Edelmetallen. Der Russland-Ukraine Konflikt führte zu Sanktionen der EU gegen Russland und dem kriegsbedingten Wegfall von Rohstoffexporten der Ukraine. Im Jahr 2023 sind die deutschen Warenexporte nach Russland gegenüber 2021 um 45,2 Prozent auf 14,6 Milliarden Euro gesunken. Importe (Februar 2023) aus Russland sanken auf 300 Millionen Euro und somit um 67,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr (Februar 2022, kalender- und saisonbereinigt). Eine Umfrage des Verbandes Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (2022) ergab außerdem eine Beeinträchtigung in der Produktion. Grund dafür sind fehlende Lieferungen aus Russland.

Der Russland-Ukraine Konflikt führte zur Verlagerung von Lieferketten. Die Ukraine war u. a. ein wichtiger Exporteur des Edelgases Neon für die Halbleiterproduktion mit etwa 50 Prozent Weltmarktanteil, welcher durch Lagerhaltung und den Ausbau von Anlagen an vorhandenen großen Stahlwerken im Ausland teilweise kompensiert wurde. Neben der Gewinnung von primären Rohstoffen aus dem Bergbau werden auch sekundäre Rohstoffe aus dem Recycling von Neu- und Altschrotten gewonnen. Diversifizierte Lieferketten von aufbereiteten Erzen bis zu Halbzeugen, Lagerhaltung, Verhüttung und Raffination von Trägermetallen und kritischen Rohstoffen sowie vorhandene Schwerindustrie mit neuen Anlagen zur Gewinnung mangelnder Rohstoffe wie Neon konnten die Rohstoffverfügbarkeit und -sicherheit bei disruptiven Ereignissen erhöhen.

Quelle: <https://www.thinktank-irs.de/> und <https://publikationen.bibliothek.kit.edu/1000166052>

3) *Iridium- und Scandiumbedarf für die Erzeugung von Elektrolyse-Wasserstoff zur stofflichen Nutzung in der Stahlindustrie im Jahr 2030 in Deutschland*

Zusammenfassung:

Der Wirtschaftszweig „Erzeugung und erste Bearbeitung von Eisen und Stahl“ ist der zweitgrößte Emittent der Industrie in Deutschland (Stand 2020). In der Fachwelt werden verschiedene Optionen diskutiert und teilweise in der Industrie bereits erprobt, wie die (Kohlenstoffdioxid-)Emissionen, beispielsweise bei der Stahlherstellung, zu minimieren sind. Der Einsatz von Wasserstoff stellt eine Möglichkeit dar, die Emissionen der Stahlproduktion zu reduzieren. Wasserstoff kann durch Elektrolyse hergestellt werden. Zur Errichtung eines Protonen-Austausch Membran-Elektrolyseurs wird u. a. Iridium, zur Errichtung eines Festoxid Elektrolyseurs u. a. Scandium benötigt. Um den gesamten Wasserstoffbedarf Deutschlands für das Jahr 2030 produzieren zu können, würde der Iridiumbedarf rechnerisch ca. 59 Prozent der weltweiten Raffinadeproduktion und der Scandiumbedarf ca. 9 Prozent der weltweiten Bergwerksförderung aus dem Jahr 2018 entsprechen. Maßnahmen, wie die Erhöhung der Materialeffizienz, der Ausbau der Recyclingmöglichkeiten und die Sicherung der Lieferketten (z. B. vertikale Integration), sollten daher in Betracht gezogen werden.

Quelle: Zusammenfassung Kapitel 4 in <https://publikationen.bibliothek.kit.edu/1000163528>

Im Rahmen des Projektes ist zudem vorgesehen, Wirtschaftszweige der Industrie in Baden-Württemberg mit Bezug zu den 34 potenziell kritischen Rohstoffen der EU zu identifizieren, um daraus maximal fünf ausgewählte Rohstoffe Stand heute und abgeleitet für das Jahr 2030 näher zu beleuchten. Die Ergebnisse sollen mittels einer Datenplattform zusammengefasst und zugänglich gemacht werden.

*14. für wie geeignet sie den Aufbau von strategischen Reserven an kritischen und strategischen Rohstoffen auf EU-, Bundes- oder Landesebene hält, um Lieferkettensicherheit zu gewährleisten und strategische Abhängigkeiten zu vermeiden, beispielsweise durch direkte Rohstoffeinlagerung durch den Staat oder gesetzliche Vorschriften an Unternehmen, eine Bevorratung vornehmen zu müssen;*

In Deutschland sind die Unternehmen in erster Linie selbst für die Sicherstellung ihrer Versorgung mit Rohstoffen zuständig, auch im Bereich der kritischen oder strategischen Rohstoffe, mit Ausnahme der Erdölbevorratung. Die Bundesregierung ist sich mit der Europäischen Kommission allerdings einig, dass es zusätzlicher staatlicher Unterstützungsmaßnahmen bedarf. Deshalb hat die Europäische Kommission den Europäischen Ausschuss für kritische Rohstoffe (Critical Raw Materials Board) eingerichtet, der sich unter anderem mit dem Thema strategische Vorräte befasst.

In benachbarten Industrieländern wie beispielsweise Frankreich oder Großbritannien ist die Bevorratung von metallischen Rohstoffen dahingehend seit Langem bereits Praxis.

In Deutschland wurde in den späten 1970er-Jahren ebenfalls die Einführung von Reserven geprüft und dabei verschiedene Möglichkeiten der Unterstützung. Abschließend wurden die Ideen damals mit der Begründung verworfen, dass die Vorratshaltung als Mittel zur privatwirtschaftlichen Spekulation genutzt werden könnte.

Es ist nun in erster Linie Aufgabe des Bundes, das Erfordernis und entsprechende Möglichkeiten der Umsetzung zu evaluieren.

*15. für wie geeignet sie eine zentrale Koordinierung oder gar gemeinsamen Einkauf („Pooling“) von kritischen und strategischen Rohstoffen hält, um Skaleneffekte zu erzielen, Marktmacht zu erreichen, Abhängigkeiten und politisches Auspielen zu vermeiden.*

Die Eignung hängt von der konkreten Ausgestaltung ab. Auch hier gilt, dass in Deutschland die Unternehmen in erster Linie selbst für den Einkauf und damit die Sicherstellung ihrer Versorgung mit kritischen Rohstoffen zuständig sind. Vor- und Nachteile eines gemeinsamen Einkaufs sind hierbei abzuwägen.

Die Europäische Kommission arbeitet bereits an Lösungen für eine Koordinierung. Bei der Einrichtung eines gemeinsamen Einkaufs für kritische Rohstoffe agiert die Europäische Kommission nach dem Vorbild der gemeinsamen Gasbeschaffung. Im ersten Schritt hatte sie hierzu eine Umfrage für Abnehmer und Anbieter von kritischen Rohstoffen geschaltet. Die Frist für Rückmeldungen wurde verlängert und über die Ergebnisse ist bisher nichts öffentlich kommuniziert worden. Für eine erfolgreiche Koordination ist es zwingend, dass Unternehmen von der Notwendigkeit und dem Nutzen überzeugt sind. Hierzu ist es erforderlich, dass garantiert wird, dass es weder zu Wettbewerbsverzerrungen noch zur ungewollten Offenlegung von Betriebsgeheimnissen kommt. Eine Koordinierung muss marktkompatibel sein.

Walker  
Ministerin für Umwelt,  
Klima und Energiewirtschaft